• Ein deutscher Beamtenbund auf gewerkschaftlicher Grundlage. Die auf Einladung der Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände in Berlin versammelten Vertreter der Beamtenschaft haben beschlossen, daß alle bestehenden Vereinigungen zu einer Gesamtorganisation zusammengefaßt werden; sie haben zu diesem Zweck sofort einen Vollzugsausschuß eingesetzt, der die Vorbereitung für einen alsbald einzuberufenden Deutschen Beamten-tag zu treffen hat, um die Gründung des alle Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten sowie Lehrer umfassenden Deutschen Beamtenbundes auf gewerkschaftlicher Grundlage zu vollziehen. Ferner haben die in der Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände, dem Verband deutscher Beamtenvereine, dem Bund der Beamten der preußisch-hessischen Staats- und der Reichseisenbahnen, dem Deutschen Lehrerverein, dem Bund deutscher Gemeindebeamten, der Sozialen Arbeitsgemeinschaft, dem Ausschuß der bei den Reichs- und Staatsbehörden in Berlin gebildeten Beamtenvertretungen zusammengeschlossenen 1½ Millionen Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten und Lehrer folgende Entschliebung gefaßt:

Die deutsche Beamtenschaft in allen ihren Gliedern stellt sich der jetzigen Regierung in Reich und Staat im Dienst des Gemeinwohls zur Verfügung. Sie ist gewillt, ihre Pflichten in der bisherigen Weise weiter zu erfüllen, um die behördlichen Organe und die staatlichen Betriebe zum besten des Volksganzen ordnungsmäßig und ungestört in Gang zu halten. Neben der Erklärung der Reichs- und Staatsleitung erwartet sie eine sofortige Erklärung des gegenwärtigen Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats, daß alle durch Gesetz und Vertrag zugesicherten Rechte der im Dienst befindlichen wie der im Ruhestand lebenden Beamten und deren Hinterbliebenen unter Einschluß der im Vertragsverhältnis beschäftigten Personen gewährleistet bleiben. Die Beamtenschaft vertraut darauf, daß die Regierungen und die Verwaltungen in Reich, Staat und Gemeinde alles tun werden, um die durch den Krieg aufs allerschwerste betroffene Beamtenschaft wirtschaftlich zu sichern. Sie spricht ferner die Erwartung aus, daß die jetzige Regierung in den Beamtenorganisationen die gegebene Interessenvertretung der Beamten erblickt und ihnen im weitesten Umfange Gelegenheit zur Mitarbeit gibt. Zur dringend erforderlichen grundsätzlichen Neuordnung der Rechts- und Einkommensverhältnisse der Beamten auf einheitlicher Grundlage und zur Erledigung wichtiger den Beamtenstand betreffenden Aufgaben ist ein besonderes Reichsamt zu schaffen.